

S. E. Botschafter Doru-Romulus Costea
Präsident des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen
Palais des Nations
1211 Genf 10

Kopie an: Mitglieder des Menschenrechtsrats

Betreff: Anfrage nach einer Sondersitzung des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen wegen der Menschenrechtslage in der Volksrepublik China.

Eure Exzellenz,

Die unterzeichneten Nichtregierungsorganisationen aus dem asiatischen Raum fordern den UN-Menschenrechtsrat auf, auf Grund der aktuellen Menschenrechtslage in der Volksrepublik China eine Sondersitzung einzuberufen.

Wir begrüßen die Erklärung der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte vom vergangenen Freitag, in der sie Ihre Sorge um die Lage der Tibeter zum Ausdruck brachte und die chinesische Regierung dazu aufforderte, den Demonstranten die Ausübung ihres Rechts auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit zu gestatten, sich jeglicher übertriebener Gewaltanwendung bei der Aufrechterhaltung der Ordnung zu enthalten und sicher-zustellen, daß die Verhafteten nicht mißhandelt werden und einen fairen, dem internationalen Standard entsprechenden Prozeß erhalten.

In Anlehnung an ihre Empfehlungen möchten wir die Ratsmitglieder bitten, sich der andauernden schweren Menschenrechtsverletzungen gegen Tibeter anzunehmen und dabei insbesondere ihr Recht auf Leben, ihre Rede- und Versammlungsfreiheit ins Auge zu fassen. Ferner fordern wir die Mitglieder auf, sich ernsthaft mit der gewalttätigen Niederschlagung mehrerer friedlicher Demonstrationen in der "Autonomen Region Tibet" und den tibetischen Gebieten in Qinghai, Gansu und Sichuan in China zu befassen.

Gleichzeitig fordern wir die Hochkommissarin auf, eine Untersuchungs-kommission zu entsenden, die Zugang zu allen tibetischen Gebieten erhalten muß, in denen es seit dem Beginn der Demonstrationen am 10. März zu rechtswidrigen oder massenhaften Tötungen und willkürlichen Verhaftungen kam oder in denen Menschen unter Zwang verschwunden sind.

Ausgehend von den verfügbaren Informationen über die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen gegen das tibetische Volk und der Berichte über 100 und mehr getötete Tibeter ist es unerlässlich, daß das höchste Menschenrechtsorgan der Vereinten Nationen dringliche Maßnahmen ergreift und eine Sondersitzung über die gegenwärtige Menschenrechtslage in China einberuft. Wir sind der Meinung, daß die aktuelle Situation in den tibetischen Gebieten derjenigen in Burma sehr ähnlich ist, als dort ebenfalls friedliche Demonstranten von den Behörden angegriffen wurden, woraufhin der Rat im September 2007 aktiv wurde.

Wir fordern den Rat auf, auf die chinesischen Behörden einzuwirken, damit sie eine gemeinsame Mission von auf außergerichtliche, summarische und willkürliche Hinrichtungen sowie weitere relevante Punkte spezialisierten Sondergesandten wie den Sonderberichterstatter für Folter, den Sonderberichterstatter für Meinungs- und Redefreiheit und den Repräsentanten des UN-Generalsekretärs für Menschenrechtsverteidiger einreisen lassen

Wir stehen Ihnen gerne für weitere Informationen oder Beratungen in dieser wichtigen Angelegenheit zur Verfügung. Wir danken für Ihr Interesse für diesen Appell.

Hochachtungsvoll,

Anselmo Lee

Executive Director, Asian Forum for Human Rights and Development (FORUM-ASIA)

im Namen von:

Asian Forum for Human Rights and Development (FORUM-ASIA)

Asian Centre for Human Rights (ACHR)

Asian Indigenous and Tribal Peoples Network (AITPN)

International NGO Forum for Indonesian Development (INFID)

Pax Romana ICMICA/MIIC - Asia Pacific

Task Force Detainees of the Philippines (TFDP)

Unrepresented Nations and Peoples Organisation (UNPO)